

Ampelverhandlungen: Keine Zeit mehr für Scheinlösungen (Leitantrag 2021)

Die drei Krisen

Während eine Flutkatastrophe Teile Deutschlands und der Beneluxländer verwüstete, brannten in vielen Teilen Europas und der Welt die Wälder. Am Ende der ersten vollen Legislaturperiode nach Inkrafttreten des Pariser Klimavertrages stellte das Bundesverfassungsgericht fest: Die Große Koalition hat versagt, Deutschland auf den 1,5-Grad-Kurs zu bringen. Es droht eine **Klimakatastrophe**, die Bundesregierung muss entschlossen handeln! Der Fokus der Umweltpolitik richtet sich aktuell fast ausschließlich auf den Klimawandel, obwohl die Konsequenzen durch den **Verlust der Biodiversität** ebenso gravierend sind.

Es stehen so viele Pflanzen- und Tierarten auf der Roten Liste, wie noch nie. Klimakrise und Artensterben sind existenzielle Bedrohungen der Menschheit. Ihre Haupttreiber sind die Übernutzung und Zerstörung der Ökosysteme durch unser Wirtschaften: Intensive Land- und Forstwirtschaft, Abbau von Rohstoffen, Versiegelung von Boden durch Siedlungs- und Infrastrukturprojekte, Ausbau von Wasserstraßen, Übernutzung unserer Meere oder der Eintrag von Giftstoffen zerstören Lebensräume und damit die Grundlage der Biologischen Vielfalt. Über 90 Prozent ihres Verlustes sind mit der Bereitstellung und Umwandlung von Rohstoffen verbunden - ebenso wie die Hälfte der Treibhausgasemissionen und die global zunehmende Wasserknappheit. Die **Ressourcenkrise** ist daher die dritte große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Dies zeigt auch der Erdüberlastungstag, der jedes Jahr früher stattfindet.

Unser auf Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem führt neben der ökologischen Zerstörung auch zu massiven sozialen Verwerfungen – sowohl global als auch in Deutschland. Der Strukturwandel zur Bewältigung der Krisen wird massiv sein. Er wird den Ausstieg aus nicht nachhaltigen Technologien, Produkten und Infrastrukturen umfassen und soziale Auswirkungen haben. Der BUND als großer deutscher Nachhaltigkeitsverband wird diese Herausforderungen klar benennen. Er steht für einen gesellschaftlichen Umbau, der die ökologischen Krisen bewältigt, durch den weniger Ressourcen genutzt werden und gleichzeitig mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen wird - hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Gesellschaft will Aufbruch statt Untätigkeit und Verzagtheit

Die letzten Jahre sind in zu vielen Bereichen unserer Gesellschaft verlorene Jahre mit bestenfalls oberflächlichen Veränderungen. Obwohl die politisch Verantwortlichen die Zusammenhänge verstanden haben, wurden nur Symptome gelindert und die Ursachen nicht behoben. Gleichzeitig gestalten Bürger*innen wirkungsvolle Veränderung selbst und überholen damit politische Verantwortliche beherzt. Sei es bei der Bürger*innenenergie oder bei Volksentscheiden zu Natur- und Umweltthemen und zur Rekommunalisierung. Im Agrarbereich suchen Naturschützer*innen und Landnutzer*innen nach Wegen aus der wirtschaftlichen und ökologischen Krise.

Ein Leben innerhalb der planetaren Grenzen wird Zumutungen mit sich bringen und ist nur möglich, wenn gleichzeitig die Spreizung zwischen Arm und Reich deutlich abnimmt. Denn wir brauchen einen Aufbruch, hin zu einem ökologischeren und gerechteren Deutschland. Dafür waren die Bundestagswahlen 2021 eine entscheidende Wahl.

Das von SPD, Grüne und FDP Mitte Oktober veröffentlichte Sondierungspapier zeigt aber, dass diese Botschaft bei den potenziellen Regierungsparteien noch nicht deutlich genug angekommen ist.

Staat muss lenken und Bürger*innen beteiligen - der Markt alleine wird's nicht richten

Deutschland steht vor gigantischen Herausforderungen, die einen gestaltenden und vorausblickenden Staat und die aktive Beteiligung seiner Bürger*innen benötigen. Klima-, Natur- oder Ressourcenschutz kann nicht nur über den Preis geregelt werden. Es braucht einen lenkenden und unterstützenden Staat, um die ökologisch notwendigen absoluten Grenzen einzuhalten. Diesen Gedanken sollte der Koalitionsvertrag zum Ausdruck bringen.

Technofix versus Reduktionsziele

Den Verbrauch von Flächen und Rohstoffen können wir nicht allein über Marktmechanismen stoppen. Steigende Profite für knapper werdende Güter sind ein Brandbeschleuniger für deren weitere Ausbeutung. Das "Grüne Wachstum" aus nachwachsenden Rohstoffen, Recycling von Verpackungsmüll oder die Umstellung auf Bio- Kunststoffe sind bestenfalls ein kleiner Teil der Lösung.

Unternehmen und Wirtschaftsverbände fordern politische Verlässlichkeit für klimagerechtes und naturschutzkonformes Handeln. So können Wettbewerbsverzerrungen für progressive Akteure vermieden werden und ökologisch wirksame soziale und technische Innovationen entstehen. Wir brauchen nationale und internationale Ziele und ambitionierte Instrumente für eine absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs. In Kreisläufen zu wirtschaften ist ein entscheidender Schlüssel für die Transformation des Produktionsstandorts Deutschland.

Eine nachhaltige Gesellschaft muss zugleich eine sozial gerechte Gesellschaft sein. Für eine ökologisch-soziale Wende muss sichergestellt werden, dass Grundsicherungsbeziehende daran teilhaben können. Ein Bürgergeld muss ein Leben in Würde ermöglichen und darf nicht bloß eine Umbenennung sein. Sanktionen müssen vollständig abgeschafft werden und es muss auch mit Sozialleistungen möglich sein, effiziente und energiesparende Geräte anzuschaffen, Ökostrom zu beziehen und Bioprodukte einzukaufen. Darüber hinaus sollte der Stromspar-Check der Caritas bundesweit allen Menschen mit geringem Einkommen angeboten werden.

Eine sozial gerechte Gesellschaft tut alles, um Menschen nicht auf dem Weg zu guter Bildung zu verlieren. Beginnend in der Kita, über die Schulen bis zur Ausbildung. Dazu bedarf es einer guten Finanzierung von hochwertiger Bildung, auch im außerschulischen Bereich.

Wenn die neue Bundesregierung die drei ökologischen Krisen konsequent anpackt, sind damit eine Vielzahl positiver Effekte verbunden. Wir schützen unsere Natur und unsere Böden wie auch Wasser, wir erreichen gleichzeitig gesündere Lebensbedingungen und wir leisten einen Beitrag zum Aufbau einer zukunftsfähigen Beschäftigung in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Mit der sozial-ökologischen Transformation schaffen wir ein besseres Leben für alle Menschen, im Norden wie im Süden, jetzt und in der Zukunft.

Sondierungspapier ungenügend. Koalitionsverhandlungen müssen liefern.

Die Messlatte für die neue Bundesregierung liegt hoch: Sie muss bei Finanzierung und Schutz der Biodiversität liefern, die Erderhitzung eindämmen und eine wirksame Flächen- und Ressourcenpolitik auf den Weg bringen.

Wenn die **SPD** sich mit einem Klimakanzler einen Namen machen will, muss Folgendes fest im Koalitionsvertrag verankert werden:

- ein mit dem 1,5 Grad Ziel kompatibler Kohleausstieg,
- eine Energiepolitik, die nicht nur auf 100 % naturverträgliche Erneuerbare setzt, sondern ebenso dringend Maßnahmen zur 50 % Reduktion des Primärenergieverbrauchs bis 2050 ergreift,
- eine Sicherstellung von kurz- und langfristiger Zielerfüllung in allen Sektoren des Klimaschutzgesetzes,

- eine echte Mobilitätswende, einschließlich eines neuen Bundesverkehrswegeplans, basierend auf regionalen Mobilitätskonzepten und ohne Fernstraßenneubau,
- und ebenso ein Moratorium des überdimensionierten Ausbaus der Übertragungsnetze (u.a. HGÜ) und Neustart der Netzplanung für Strom und Gas auf Basis eines dezentralen Energiemarktdesigns.
- die Umsetzung der Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft, insbesondere die Reduktion der Tierbestände, die Stärkung von Biolandbau, die deutliche Reduktion von Pestiziden sowie die Regulierung auch von neuen gentechnischen Verfahren unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips,
- und eine Flächenpolitik, die 30 % der Bundesrepublik unter konsequenten Naturschutz stellt, eine biodiversitätsgerechte Bewirtschaftung der übrigen Flächen und eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme auf netto null. Die Bauleitplanung muss regelmäßig überprüft werden. Nicht umgesetzte Bebauungspläne müssen ein Verfallsdatum haben. Flächennutzungspläne müssen regelmäßig an aktuelle Raumordnungs- und Gesetzesvorgaben angepasst werden.

Wenn sich die **FDP** fortschrittlich nennen will, darf sie nicht an einer rückwärtsgewandten Politik festhalten:

- die weiter neue Autobahnen durchsetzt und ein Weiter-so im Flugverkehr favorisiert,
- die die Gasinfrastruktur unter dem Deckmantel „Reservekraftwerke“ ausbaut und
- die das Tempolimit auf Autobahnen blockiert,
- die Steuererhöhungen und Verteilungsfragen zum Tabu erklärt. Ohne das kann eine klimagerechte Wende nicht gelingen.

Stattdessen muss sie

- die dezentralen Bürger*innen-Energie ins Zentrum der Energieversorgung bringen
- und die oberen Einkommens- und Vermögenschichten zur Finanzierung der Transformationsaufgaben stärker belasten,
- die Rahmenbedingungen schaffen, dass Konzerne in den Umbau investieren, statt Standorte in andere Länder zu verlagern und exorbitante Dividenden auszuschütten.

Wenn **Bündnis90/Die Grünen** unser Land in eine nachhaltige Zukunft führen möchten, müssen sie

- eine ambitionierte Ressourcenpolitik mit übergeordneten, konkreten Ressourcenschutzzielen zur absoluten Senkung des Ressourcenverbrauchs durchsetzen. Eine Stoffpolitik, die den Verbrauch von Ressourcen bis Mitte des Jahrhunderts um 50 % reduziert hilft auch dabei, die Wirtschaft resilient zu machen.
- Eine ökologische und gerechte Handelspolitik mit voller menschenrechtlicher Verantwortung entlang der kompletten Lieferketten forcieren und
- eine Stärkung des Naturschutzes und dessen Finanzierung sicherstellen. Eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ist für die finanzielle Absicherung des Naturschutzes nicht ausreichend. Naturschutz muss außerhalb der Schuldenbremse finanziert werden können. Ein Bundesnaturschutzfond mit jährlich 500 Mio. € finanziert den Schutz unserer Natur.

Zudem muss Umwelt- und Klimabelastung einen Preis bekommt. Es braucht – begleitet von einem klaren ordnungsrechtlichen Rahmen – sofort einen höheren CO₂-Preis (mindestens 50 € pro Tonne) und einen stetig ansteigenden Pfad der CO₂ Preiserhöhung. Über ein Bürger*innen-Geld muss ein sozialer Ausgleich geschaffen werden, der Menschen mit geringen Einkommen stärker entlastet.

Die Ampel-Koalition muss in den ersten 100 Tagen alle klima- und naturschädlichen Subventionen – auch der europäischen Ebene - transparent machen und einen Plan vorlegen, diese zügig abzubauen. Es reicht nicht, das Abschmelzen nur zu prüfen. Es ist nicht mehr

vermittelbar, dass wir mit Steuergeldern das Klima aufheizen, unsere Böden versiegeln, Lebensräume für Tiere und Pflanzen zerstören, unsere Meere leerfischen oder staatliche Gelder ohne ökologische oder soziale Lenkungswirkung vergeben. In diesen Subventionen sind mindestens 60 Milliarden Euro gebunden, die sinnvoller eingesetzt werden können, vor allem für den ökologischen Umbau der Infrastrukturen. Zudem braucht es eine gesicherte Finanzierung des Naturschutzes außerhalb der Schuldenbremse.

Wir unterstützen das Ziel einer Planungsbeschleunigung, machen aber sehr deutlich, dass wir eine Schleifung des Naturschutzrechts oder eine Aufweichung von Verbandsklagerechten nicht hinnehmen werden. Wichtigster Garant für eine Planungsbeschleunigung sind die frühe Beteiligung von Bürger*innen vor Ort, eine qualifizierte und leistungsfähige Verwaltung und eine starke Raumordnung und Regionalplanung, die Prüfverfahren vorwegnimmt, ökologische Ziel-Konflikte im Vorfeld erfasst und bereits weitreichend bewältigt. Ein baulicher, vorzeitiger Maßnahmenbeginn ohne eine abschließende rechtliche Klärung der Zulässigkeit ist inakzeptabel und ein Angriff auf das Rechtsstaatsprinzip.

Wir brauchen jetzt einen Aufbruch in ein zukunftsfähiges Deutschland für ein umwelt- und sozial-gerechtes Europa. Wir brauchen jetzt einen Aufbruch in ein zukunftsfähiges Deutschland für eine umwelt- und sozial-gerechte Welt. Wir erwarten von einer neuen Regierung diesen Aufbruch und kein Weiter-so!

Berlin, 5. November 2021